

HAUSHALTSREDE 2011

[.... es gilt das gesprochene Wort]



**STADTKÄMMERER
THORSTEN SCHORR**

16. Dezember 2010

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren des Magistrats,
der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsbeiräte,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Gäste,

heute lege ich Ihnen einen Haushaltsentwurf vor, der auf dem in der Magistratssitzung am Montag, dem 29. November 2010 einstimmig beschlossenen Verwaltungsentwurf basiert.

Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich bei meinem Vorgänger im Amt, Herrn Josef Gab, für die enorme Vorarbeit, die er im Vorfeld zur Haushaltsaufstellung geleistet hat, bedanken. Der Einstieg in den Haushalt 2011 fiel mir dementsprechend leichter und auch die weiteren Abstimmungen mit meinen Dezernentenkollegen und den Magistratsmitgliedern waren damit auf eine solide Basis gestellt.

Darüber hinaus möchte ich mich ausdrücklich bei meinen beiden Amtskollegen, Herrn Bürgermeister Hans-Georg Brum und Herrn Ersten Stadtrat Dieter Rosentreter sowie bei den Geschäftsbereichsleiterinnen und Geschäftsbereichsleitern für die konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit bei der Aufbereitung des Haushalts bedanken.

Denn es war nicht so einfach, den Haushalt in der Ihnen vorliegenden Fassung - mit dem zum Vorjahr reduzierten Zuschussbedarf - zu erstellen.

Bereits bei der Haushaltsaufstellung zeigte es sich, dass mit einem Defizit zu rechnen ist. Sämtliche Haushaltsanmeldungen wurden nochmals auf den Prüfstand gestellt. Dabei wurden viele, auch schmerzliche Einschnitte, gemeinsam und im Konsens zwischen den Dezernenten und den Geschäftsbereichsleitungen, vereinbart. Insgesamt wurden dadurch 700 TEUR des Haushaltsdefizits abgebaut.

In den Summen stellt sich der Haushaltsentwurf 2011, den ich Ihnen heute vorlege, wie folgt dar:

Beim ordentlichen Ergebnis übersteigen die Aufwendungen in Höhe von 90.402.700 EUR die Erträge in Höhe von 79.423.650 EUR um 10.979.050 EUR.

Dieses ordentliche Ergebnis mit einem Defizit von knapp 11 Mio. EUR ist der Wert, den es auszugleichen gilt. Eine kommunale Leistungsfähigkeit wird insbesondere daran gemessen, dass das ordentliche Ergebnis sowohl in der Planung als auch in der späteren Abrechnung, der Ergebnisrechnung, ausgeglichen ist.

Es gibt zwei Möglichkeiten ein Defizit vor allem im Hinblick auf die zukünftige Leistungsfähigkeit einer Kommune zu reduzieren:

1. Erhöhung der Erträge

Eine Ertragserhöhung kann durch Anhebung der Hebesätze für die Steuereinnahmen, durch die Erhebung neuer Steuereinnahmen, beispielsweise eine Zweitwohnungsteuer und durch Gebührenerhöhungen, bzw. durch Erhebung neuer Gebühren erreicht werden.

2. Aufwandsminderungen

Die erste Frage, die sich stellt, ist, ob eine Aufgabe kostengünstiger erledigt werden kann.

Die wesentliche Frage ist jedoch, ob eine Aufgabe überhaupt erbracht werden kann und muss.

Im Kontext der kommunalen Aufgaben wird sofort einsichtig, dass gesetzlich verankerte Leistungen nicht in ihrer Unabweisbarkeit der Prüfung unterliegen. Vielmehr ist als erste Maßnahme die Überprüfung der Unabdingbarkeit freiwilliger Leistungen auf den Prüfstand zu stellen.

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,

die ordentlichen Erträge belaufen sich auf 79.423.650 EUR.

Die Ertragsseite ist geprägt durch unsere Steuereinnahmen. Hier wurden die Steuerschätzungen vom 04.11.2010 einbezogen und es konnte eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer um 900 TEUR gegenüber dem Vorjahr eingeplant werden.

Die Gewerbesteuer konnte ebenfalls aufgrund der Steuerschätzungen und eigenen Erhebungen auf 27 Mio. EUR, 3 Mio. EUR über Vorjahresansatz, angehoben werden.

Eine Anhebung der Hebesätze wird es nicht geben. Die Stadt Oberursel (Taunus) liegt mit ihrem Gewerbesteuerhebesatz von 360 bereits an der Spitze der Hebesätze des Hochtaunuskreises. Auch landesweit betrachtet liegen wir im oberen Bereich. Bei dem Hebesatz für Grundsteuer A mit 200 und B mit 250 liegen wir leicht unter dem Durchschnitt des Hochtaunuskreises und des Landes.

Die Anhebung der Hebesätze um 10 Basispunkte würde bei der Grundsteuer A zu einem Mehrertrag in Höhe von 1.300 EUR und bei der Grundsteuer B zu einem Mehrertrag in Höhe von 183 TEUR führen.

Ausdrücklich weise ich darauf hin, dass Hebesätze der Standorticherung für den Gewerbe- und den Wohnsektor dienen. Eine Erhöhung der Hebesätze, insbesondere des Gewerbesteuersatzes, würde hier das falsche Signal an die Wirtschaft senden.

Eine Gebührenerhöhung ist derzeit nur beim BSO für die Abwassergebühren eingeplant. Der BSO kann die Defizite, die bisher über Rücklagenentnahmen gedeckt werden konnten, nicht mehr auffangen. Die Rücklage ist nun aufgebraucht.

Bei der Abwasserentsorgung wurden und werden hohe Sanierungssummen aufgewendet, die sich aus der Eigenkontrollverordnung ergeben. Allein in 2010 fielen für die Umsetzung des Sanierungsprogramms 1,2 Mio. EUR an.

Weitere Gebührenerhöhungen, wie sie in anderen Kommunen in der Nachbarschaft zur Annäherung an den Haushaltsausgleich notwendig sind, schlage ich Ihnen für 2011 nicht vor.

Die ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 90.402.700 EUR sind insbesondere durch den Hessentag in Höhe von 8,2 Mio. EUR geprägt. Um die Zahlungen zu gewährleisten, wurden die Aufwendungen und Erträge erneut angemeldet. Insgesamt beträgt das veranschlagte Defizit für den Hessentag 2,6 Mio. EUR im Haushalt 2011.

Das veranschlagte Gesamtdefizit für 2010/2011 beträgt – wie bereits in den Haushaltsberatungen 2010 und darüber hinaus diskutiert – 3 Mio. EUR.

Ebenso kam es zu einer deutlichen Erhöhung der Aufwendungen für die Kinderbetreuung. Insgesamt steigt das geplante Verwaltungsergebnis von 8,9 Mio. EUR in 2010 auf 9,9 Mio. EUR in 2011. Dies ist insbesondere auf die Erweiterung der Plätze durch den Neubau bei den Kindertagesstätten Hammergarten in Höhe von 521 TEUR und Regenbogenland in Höhe von 296 TEUR zurück zu führen.

Ab dem Jahr 2013 gibt es den gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Das Kinderförderungsgesetz sieht einen Versorgungsgrad von mindestens 35% vor.

Durch unsere Investitionen in diesem und dem nächsten Jahr werden wir die 35% Bedarfsdeckung bei der U3 – Betreuung in 2011 erreichen! Eine stolze Leistung, die entsprechend unserem Leitbild die Familienfreundlichkeit unserer Stadt unterstreicht.

Inwieweit das Land einen Ausgleich für diese durch den Gesetzgeber vorgegebene Maßgabe an die Kommunen leisten wird, ist noch nicht abschließend geklärt. Letztendlich verlangen wir nur den Ausgleich entsprechend dem Konnexitätsprinzip, getreu dem Motto „wer bestellt, der bezahlt“.

Aber auch die Änderungen im Kommunalen Finanzausgleich bekommen wir auf der Aufwandsseite deutlich zu spüren.

Das Land hat den Abzug von 360 Mio. EUR aus dem kommunalen Finanzausgleich vorgenommen.

Für uns zeigt sich dies deutlich in der Kompensationsumlage, die in 2011 erstmalig - auch von der Stadt Oberursel (Taunus) - erhoben wird. Ursprünglich war der Betrag auf 897.750 EUR beziffert worden. Rechtzeitig zur Haushaltsaufstellung hat das Land diesen Betrag um 145.550 EUR auf 752.200 EUR reduziert.

Dennoch darf man nicht verkennen, dass es sich dabei um eine Umlage handelt, die nun regelmäßig jedes Jahr auf uns zukommt.

Letztendlich hat das Land diesen Betrag auf die kreisangehörigen Kommunen - und dazu zählen wir bekanntermaßen auch - abgewälzt.

Diese Kompensationsumlage ersetzt den Ausfall an Grunderwerbsteuer. Mit der Grunderwerbsteuer hatten wir als kreisangehörige Stadt bisher keine Berührungspunkte. Das Land erhebt

sie und leitete bisher einen Anteil an die kreisfreien Kommunen und die Landkreise weiter. Nun leitet das Land diese Steuer nicht mehr in den Kommunalen Finanzausgleich ab.

Die Reduzierung um 145.550 EUR ist ein einmaliger Effekt und ist dem sinkenden Grunderwerbsteueraufkommen geschuldet. Somit kann die Kompensationsumlage in den Folgejahren wieder einen höheren Wert annehmen.

Die Zahlungen an den Kreis für die Kreis- und Schulumlage sind mit 29.366.800 EUR in den ordentlichen Aufwendungen enthalten.

Die Kreis- und Schulumlage und die Kompensationsumlage greifen in der Summe 55% unsererer Netto-Steuerkraft ab, so dass nur 45% tatsächlich in der Stadtkasse für Auszahlungen zur Verfügung stehen.

Im Gegenzug hat Oberursel als Schulstandort wesentlich von den Investitionen des Kreises profitiert und damit dem Leitbild konform die familienfreundliche Stadt weiterentwickeln können.

Alle 14 Schulen des Hochtaunuskreises im Stadtgebiet wurden bereits investiv aufgewertet. Vom geplanten Gesamtvolumen für Oberursel in Höhe von rund 288 Mio. EUR werden Ende des Jahres 2011 rund 2/3 realisiert sein. In dem Volumen sind die Neubauten bzw. Sanierungen von Sporthallen in Höhe von 37,6 Mio. EUR, das entspricht 13% des Gesamtvolumens, enthalten.

In die Betreuungszentren hat der Kreis 17 Mio. EUR investiert. Die Stadt Oberursel (Taunus) hat mit dem diesjährigen Abruf von 3 Betreuungsgruppen insgesamt 10 Betreuungsgruppen seit 2005 abgerufen. Pro Betreuungsgruppe zahlt die Stadt Oberursel (Taunus) und alle anderen Kommunen an den Kreis einmalig einen Betrag von 500 TEUR. Somit flossen 5 Mio. EUR an den Kreis.

Darüber hinaus werden pro Betreuungsgruppe durchschnittlich 51 TEUR pro Jahr für laufende Betriebskosten in den Haushalt eingestellt.

Die Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen, die mit 19,1 Mio. EUR 21,6% der ordentlichen Aufwendungen betragen, sind gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. EUR gestiegen.

Der Anstieg entfällt mit 912 TEUR auf den sozialen Bereich und hier mit 790 TEUR auf die Erweiterung der Kindertagesstätten Hammergarten und Regenbogenland.

Insgesamt wurden die Personalressourcen um 24,951 Stellenanteile angehoben, wovon 19,341 Stellenanteile auf die Kindertagesstätten entfallen.

In der Erhöhung der Personal- und Versorgungsaufwendungen sind ebenfalls 290 TEUR für die Tariferhöhungen enthalten.

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Defizit des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 10.979.050 EUR wird durch eine Rücklagenentnahme gedeckt.

Dies ist möglich, da durch einen Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 02. August 2010 nun bestätigt wurde, dass die in der letzten „kameralen“ Jahresrechnung ermittelte „Allgemeine Rücklage“ in die doppischen „Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ übergeht und damit der Fehlbedarf gemäß § 24 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) durch eine Rücklagenentnahme gedeckt werden kann.

In der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 betrug die Rücklage 27.352.789,25 EUR.

Der Jahresabschluss 2009 wird voraussichtlich mit einem Defizit von 3,2 Mio. EUR im ordentlichen Ergebnis abschließen. Die Deckung erfolgt über eine Rücklagenentnahme.

Das geplante Defizit im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 11.411.350 EUR für den Haushalt 2010 war geprägt durch die Veranschlagung des gesamten Hessentagsdefizits in Höhe von 3 Mio. EUR und durch die grundsätzlich berechnete Vorsicht bei der Veranschlagung der Steuererträge. Die Unklarheit, wie sich die Finanzkrise 2008/2009 auf die Unternehmen und deren Gewinne in unserer Stadt auswirken würden, bzw. werden, ist auch heute noch ein Unsicherheitsfaktor.

Insbesondere bei der Gewerbesteuer, deren Berechnung auf den Gewinnen der Unternehmen basiert und deren Veranlagung auf viele Jahre rückwirkend korrigiert werden kann.

So haben wir letztendlich auch Glück, dass die vorsichtige Steuerplanung für 2010 von 24 Mio. EUR bei der Gewerbesteuer sich bisher nicht bewahrheitet hat, sondern mit einem höheren Gewerbesteuerertrag gerechnet werden kann.

Wir rechnen damit, dass das ordentliche Ergebnis 2010 mit einem Defizit von 3,7 Mio. EUR abgeschlossen werden kann. Dieses Defizit wird ebenfalls über eine Rücklagenentnahme ausgeglichen.

Somit wird die Rücklage in 2011 mit ca. 20 Mio. EUR zur Deckung des veranschlagten Defizits in Höhe von 10.979.050 EUR zur Verfügung stehen.

Der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, dass die genannte Rücklage eine rein buchhalterische Größe und keine vorhandene Liquidität darstellt!

Insgesamt und insbesondere im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung, die in jedem Jahr ein Defizit im ordentlichen Ergebnis ausweist, müssen wir im nächsten Jahr alle freiwilligen Leistungen erneut auf den Prüfstand stellen und es müssen Einsparungen gefunden werden.

Wie ich wohl nicht explizit erläutern muss, können Rücklagen immer nur einmal abgeschöpft werden. Ein strukturelles Defizit, wie es sich in der mittelfristigen Finanzplanung aufzeigt, kann nur durch eigene Anstrengungen aller Beteiligten, Politik und Verwaltung abgebaut werden. Es macht wenig Sinn, wie bisher weiter zu machen!

Ergebnis wäre, die Auflage eines Haushaltssicherungskonzepts durch die Aufsichtsbehörde. Damit wäre uns die eigene Gestaltung des Oberurseler Sozial- und Kulturlebens weitgehend aus der Hand genommen.

Ich habe deshalb im Einverständnis mit meinen beiden Amtskollegen im Magistrat bereits angekündigt, dass wir uns im nächsten Jahr sehr intensiv mit allen freiwilligen Leistungen auseinander setzen müssen. Ergebnis muss sein, dass bestimmte Forderungen nicht mehr erfüllt werden können.

Es gehört aber ebenfalls dazu, sämtliche Ertragsmöglichkeiten auszuloten und evtl. auch Gebührenerhöhungen zu beschließen.

Die einzige Möglichkeit, dass wir den Umfang aller Leistungen beibehalten können, ohne diese Einschnitte durchführen zu müssen, wäre eine kontinuierliche Steuereinnahmehöherung. Dann würde allerdings - passend zur jetzigen Jahreszeit - ein Wunder geschehen.

Beim außerordentlichen Ergebnis übersteigen die außerordentlichen Erträge die außerordentlichen Aufwendungen um 4.820.700 EUR. Hier werden insbesondere die geplanten, über den Buchwert hinausgehenden Einzahlungen aus den Grundstücksverkäufen, sichtbar. Der Mehrertrag entsteht durch den Vergleich zwischen dem in der Bilanz (Vermögensrechnung) ausgewiesenen Buchwert und dem tatsächlich erzielbaren Marktpreis.

Insgesamt ergibt sich aus dem Defizit des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 10.979.050 EUR und dem Überschuss aus dem außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 4.820.700 EUR ein Fehlbedarf im Ergebnishaushalt in Höhe von 6.158.350 EUR.

Da in dem Ergebnishaushalt auch zahlungsunwirksame Vorgänge, wie z.B. Abschreibungen und Rückstellungen beinhaltet sind, werden diese bereinigt, um den Liquiditätsabgang zu ermitteln.

Aus diesem Fehlbedarf des Ergebnishaushaltes ergibt sich ein Liquiditätsabgang in Höhe von 11.534.100 EUR.

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der investive Haushaltsteil, der Finanzhaushalt, ist auch in diesem Jahr durch ein ambitioniertes Investitionsvolumen geprägt.

Für Investitionen ist ein Volumen von 17.440.550 EUR eingeplant. Zum Teil ergibt sich dieser Betrag aus Investitionen, die bereits im Vorjahr veranschlagt waren, aber nicht mehr bis zum Jahresende abgewickelt werden können. Ich erinnere nur an den Schwimmbadneubau, die Abwicklung der Kindertagesstätte Hammergarten oder die Fertigstellung der PU-Ost am Bahnhof.

Es wurden 3.815.000 EUR für ÖPNV-Maßnahmen veranschlagt, wobei

- 2,7 Mio. EUR auf die PU-Ost und
- 550 TEUR auf den Bahnhofsvorplatz

entfallen. Im Bahnhofsumfeld ist zwischen den S-Bahngleisen und der Lenastraße eine Zaunanlage sowie eine Begrünung geplant. Weiterhin beteiligt sich die Stadt Oberursel (Taunus) an den Kosten für den städteplanerisch wichtigen Ausbau der U-3-Haltestelle Bahnhof.

Für den Neubau der Kindertagesstätte Hammergarten wurde die Schlusszahlung in Höhe von 1 Mio. EUR in die Haushaltsplanung aufgenommen. Dazu wurde die Anschaffung der Ausstattung mit 260.000 EUR veranschlagt.

Der dritte Bauabschnitt der Hohemarkstraße (Lahnstraße bis Eppsteiner Straße) wurde mit 1.580.000 EUR für den Bau der Straße und mit 407 TEUR für die Lichtsignalanlagen eingeplant.

Sie finden auch die Bärenkreuzung mit 524 TEUR im Haushaltsplan wieder. Wie in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossen, wird der Umbau der Bärenkreuzung und des Bärenplätzchens erfolgen.

Ich halte es für ausgesprochen wichtig, die Sichtachse vom Bahnhof aus bis zur Vorstadt ansprechend und vor allem einheitlich zu gestalten. Die Gelegenheit ist da, um Oberursel stadtplanerisch so zu gestalten, dass nicht nur Oberurseler Bürgerinnen und Bürger ein ansprechendes Entree geboten wird, sondern auch den Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt.

Es ist jetzt wichtig, diese Möglichkeit in der Abwicklung der Gesamtmaßnahme zu ergreifen, da diese Gestaltung weit über die Zeitrechnung des Hessentags hinausgeht.

Bedingt durch die Witterungs- und Verkehrssituation wird der Umbau erst in 2011 erfolgen. Finanziert wird der Umbau - wie beschlossen - durch Einsparungen beim Bahnhofsvorplatz.

Sie finden ebenfalls einen Zuschuss an den Hochtaunuskreis für den Neubau der Sporthalle an der Grundschule Mitte in Höhe von 665.000 EUR. Wobei es sich nur um etwa ein Drittel des von uns zu leistenden Betrages handelt.

Das erste Drittel war bereits in 2010 angemeldet und die letzte Rate in Höhe von 570 TEUR wird in 2012 veranschlagt.

Wir werden zur Wohnbauförderung Mittel aus der Fehlbelegungsabgabe an die Arbeiterwohlfahrt zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses im Rahmen des Programms „Betreutes Wohnen im Alter“ in Höhe von 500 TEUR weiterleiten.

Für die Restzahlung des neuen Löschfahrzeugs (LF 20/16) der Feuerwehr Bommersheim werden 234 TEUR zur Verfügung gestellt.

Ebenfalls musste für alle Stadtteilwehren die Anschaffung von Geräten für den Digitalfunk in Höhe von 200 TEUR mit einer Verpflichtungsermächtigung in der gleichen Höhe für das Jahr 2012 veranschlagt werden.

Für den Bau des Hallenbades und die Sanierung des Freibades wurden 3 Mio. EUR veranschlagt. In der Summe wird der Schwimmbadneubau bzw. die Sanierung mit dem von der Stadtverordnetenversammlung festgelegten 15 Mio. EUR über die Jahre ausgewiesen.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass diese 15 Mio. EUR nicht mehr in der Stadtkasse liegen.

In der Gesamtdarstellung des Haushalts und hier insbesondere in der mittelfristigen Finanzplanung ist unschwer zu erkennen, dass wir ein erhebliches Finanzierungsproblem beim Schwimmbad haben. Die mittelfristige Finanzplanung beinhaltet bereits Gelder aus dem Verkauf von Grundstücken und selbst mit dieser Planung sind die Finanzmittel über Jahre gesehen nicht ausreichend.

Kapitaldienste für Fremdmittel sind bei dem vorhandenen dauerhaften strukturellen Defizit nicht finanzierbar.

Daher schließe ich mich der Feststellung des Bürgermeisters, Herrn Hans-Georg Brum, an: Ohne den Verkauf der Flächen des Schwimmbadparkplatzes und vor allem ohne den Verkauf der Flächen des Altkönigssportplatzes ist eine Finanzierung des gesamten Schwimmbadprojektes grundsätzlich nicht realisierbar!

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 17.440.550 EUR stehen Einzahlungen in Höhe von 13.470.350 EUR gegenüber, so dass sich der Finanzmittelabfluss aus Investitionstätigkeit auf 3.970.200 EUR belaufen wird.

Zur Deckung dieses Finanzmittelabflusses habe ich ein Kreditvolumen in Höhe von 3.900.000 EUR eingeplant. Dem stehen 1.302.600 EUR laufende Tilgungen gegenüber.

Insgesamt ergibt sich somit eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 2.597.400 EUR.

Das Defizit im ordentlichen Ergebnis ist ggf. durch kurzfristige Kassenkredite zu decken.

Der gesamte langfristige Schuldenstand der Stadt Oberursel (Taunus) wird sich am Ende 2010 auf 35,177 Mio. EUR belaufen. Darin enthalten ist die Kreditaufnahme für die Realisierung des Konjunkturprogramms in Höhe von 3,3 Mio. EUR. Die weitere Kreditermächtigung in Höhe von 10 Mio. EUR wurde bisher nicht in Anspruch genommen, weil zunächst eine Finanzierung über liquide Mittel möglich ist und es gilt, eine Zinsbelastung zu vermeiden. Ein Teil dieses Betrages wird in 2011 noch in Anspruch zu nehmen sein, um die Liquidität der Stadt zu gewährleisten.

Die Pro-Kopf-Verschuldung wird in 2010 um 38 EUR von 772 EUR auf 810 EUR steigen, was dem Konjunkturprogramm zuzuschreiben ist. Ende 2011 wird die Pro-Kopf-Verschuldung dann - entsprechend der Finanzierung der geplanten Investitionen - um voraussichtlich 159 EUR auf 969 EUR steigen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

alles in allem wird ein Finanzmittelfehlbedarf in Höhe von 12.906.900 EUR erwartet, der sich aus den Finanzmittelabflüssen des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaushaltes ergibt, sozusagen eine „Plünderung“ der Kasse.

An dieser Stelle möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass ich - wie Sie und ich das aus „alten Zeiten“ gewohnt sind - einen Anhang an die Haushaltsrede mit Grafiken und Zahlen zum Nachlesen und Nachvollziehen der Daten und Fakten der Haushaltsrede beigefügt habe.

Wenn ich von der Stadt Oberursel (Taunus) und dem städtischen Haushalt spreche, muss ich auch von dem städtischen Eigenbetrieb BSO und dessen Wirtschaftsplan reden.

Ab dem Jahr 2015 sind von den Kommunen konsolidierte Konzernabschlüsse vorzulegen. Hierbei werden dann die Stadt und deren Eigenbetriebe, vor allem auch ihre Eigengesellschaften, zusammengefasst - eben konsolidiert - und gemeinsam in ihrer Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt. Deshalb ist der BSO als rechtlich unselbständiger Eigenbetrieb wegen seinem unmittelbaren und wesentlichen Einfluss auf die städtischen Finanzen im Haushalt darzustellen.

Er ist nicht nur im Rahmen auf den Ergebnishaushalt zu betrachten, sondern das Investitions- und Kreditvolumen ist im Hinblick auf einen städtischen Gesamtblick im Auge zu behalten.

Der BSO erhält für die übertragenen Aufgaben ein Leistungsentgelt in Höhe von 4,9 Mio. EUR, das dem Vorjahresansatz entspricht. Für die an die Stadt Oberursel (Taunus) zu leistenden Handwerkerleistungen erhält der BSO einen Betrag von 2,3 Mio. EUR. Er ist damit durch die Mehranforderungen der Geschäftsbereiche um 70 TEUR höher gegenüber dem Vorjahr. Die Mietzahlungen an den BSO steigen um 345 TEUR, was dem Neubau der Kindertagesstätte Hammergarten und dem Anbau an der Kindertagesstätte Regenbogenland geschuldet ist. Bei der Miete für das Rathaus kommt es aufgrund gestiegener Reinigungskosten zu einer Erhöhung von fast 30 TEUR.

Der BSO wird durch die eingangs bereits geschilderte notwendige Erhöhung der Abwassergebühren bei den kostenrechnenden Einrichtungen kostendeckend geplant. Insgesamt gestalten sich die Spartenergebnisse positiv, da mit einem Ergebnis von 237.420 EUR zu rechnen ist. Dieses Ergebnis wird insbesondere im Bereich der Gebäudebewirtschaftung erzielt werden.

Insgesamt wird der BSO für 2011 ein Investitionsvolumen von 5,5 Mio. EUR stemmen. Wesentlich daran sind die Investitionen für die Gebäudewirtschaft in Höhe von 3 Mio. EUR. Hierbei ist insbesondere der

Neubau des Frauenhauses, dessen Abwicklung in 2011 erfolgen wird, mit 1 Mio. EUR zu nennen. Ebenfalls ist der Anbau der Kindertagesstätte Zauberwald in Höhe von 1,5 Mio. EUR geplant, um die U3-Betreuung, entsprechend der gesetzlichen Vorgabe der 35%igen Bedarfsdeckung, zu erreichen.

Zusätzlich dient der Anbau der Raumbeschaffung für die Durchführung von internen und/oder externen Elternkursen und der damit verbundenen Steigerung der Qualität der Tageseinrichtung als Bildungseinrichtung. Das Ziel ist der Aufbau eines Netzwerkes für Familien.

Wesentliche Investitionen fallen mit insgesamt 1.390.000 EUR für den Bereich Stadtentwässerung an. Hier werden 790 TEUR für die Baumaßnahmen an der Kanalisation und den Rücküberlaufbecken eingeplant. Ebenso 600 TEUR für Investitionen zur Veränderung der Betriebsanlagen der Kläranlage.

Zur Finanzierung der Investitionen wird dem BSO eine Kreditermächtigung in Höhe von 2.520.234 EUR eingeräumt.

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum Abschluss meiner Ausführungen ist es mir sehr wichtig, meinen herzlichen und aufrichtigen Dank allen Kolleginnen und Kollegen des Geschäftsbereichs Finanzen auszusprechen. Aufgrund der Wechsel des Dezernenten und der Kämmereileiterin war in den letzten Wochen das gesamte Team besonderen Herausforderungen ausgesetzt.

Trotz dieser Rahmenbedingungen ist es Ihnen wieder gelungen, mit viel Engagement und Kompetenz, den vorliegenden Produkt- bzw. Leistungshaushalt auszuarbeiten, so dass eine umfassende Beratung in den städtischen Gremien gegeben ist.

Stellvertretend bedanke ich mich bei der Leiterin des Geschäftsbereiches Finanzen, Frau Diplom-Kauffrau Elvira Schimanski-Sippel sowie bei Frau Amtsinspektorin Marika Franklin. In mehreren Gesprächsrunden, teilweise auch am Wochenende, haben wir dem Haushaltsentwurf den letzten Feinschliff gegeben, was mir für den Einstieg in mein neues Aufgabengebiet sehr geholfen hat.

Mein Dank gilt auch allen anderen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung - insbesondere meiner Kollegin Frau Elvira Börner im Vorzimmer. Alle haben mich sehr offen aufgenommen und mir damit den Start als Kämmerer der Stadt Oberursel (Taunus) erleichtert.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Oberursel (Taunus), 16. Dezember 2010

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thorsten Schorr'. The signature is written in a cursive, flowing style with a prominent loop at the end.

Thorsten Schorr
Stadtkämmerer

Tabellenanhang Haushaltsrede 2011

Übersicht

über die tabellarischen und grafischen Anlagen

01. Allgemeine Deckungsmittel
02. Die Steuerkraft
03. Entwicklung der Netto-Steuerkraft
04. Entwicklung der Steuerarten
05. Gewerbesteueraufkommen
06. Gewerbesteuer-Vorauszahlung 2011 nach Branchen
07. Steuersätze 2010 im Vergleich
08. Netto-Steuerkraft pro Einwohner/in und Pro-Kopf-Verschuldung
09. Geldanlagen 2010
10. Abschöpfung der Steuerkraft durch Kreis- und Schul- sowie Kompensationsumlage
11. Entwicklung der Kreis-, Schul- und Kompensationsumlage
12. Verteilungsszenario der Erträge des Ergebnishaushalts nach Aufwandsarten
13. Zuschussbedarf „Soziale Sicherung“ 2011
14. Stellenplan
15. Stellenplanentwicklung im sozialen Bereich
16. Personal- und Versorgungsaufwand
17. Personal- und Versorgungsaufwand je Einwohner/in
18. Investitionsauszahlungen
19. Investitionstätigkeit 2011
20. Investitionen 2011
21. Infrastrukturkostenanteil für die U3
22. Schuldenentwicklung
23. Entwicklung der Kreditaufnahmen
24. Holdingstruktur

Allgemeine Deckungsmittel

	<u>EUR</u>
➤ Netto – Steuerkraft	54.657.000
➤ Finanzerträge	+ 1.910.100
➤ Konzessionsabgaben	+ 1.962.000
➤ Schlüsselzuweisung	+ 390.800
	<hr/>
	<u>58.919.900</u>



Allgem. Deckungsmittel
58.919.900 EUR

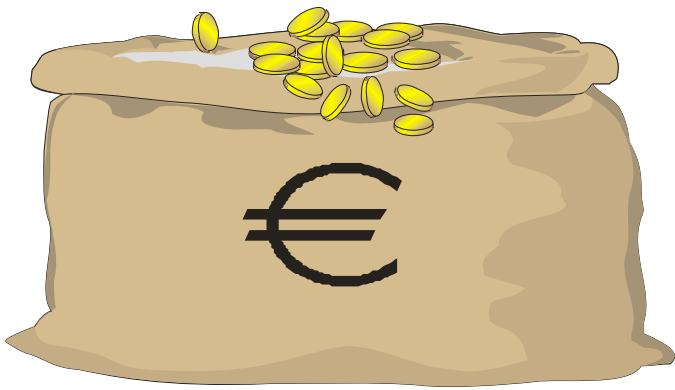
Die Steuerkraft

	2010 EUR	%	2011 EUR	%
➤ Grundsteuer A + B	4.560.000	8,1	4.610.000	7,7
➤ Gewerbesteuer	24.000.000	42,9	27.000.000	45,0
➤ Einkommensteueranteil	23.198.000	41,4	24.089.000	40,2
➤ Umsatzsteuer	2.291.000	4,1	2.279.000	3,8
➤ Spielapparate- u. Hundesteuer	207.250	0,4	205.000	0,3
➤ Familienleistungsausgleich	1.722.000	3,1	1.799.000	3,0
	55.978.250	100,0	59.982.000	100,0
➤ Gewerbesteuerumlage	- 4.667.000		- 5.325.000	
	<u>51.311.250</u>		<u>54.657.000</u>	



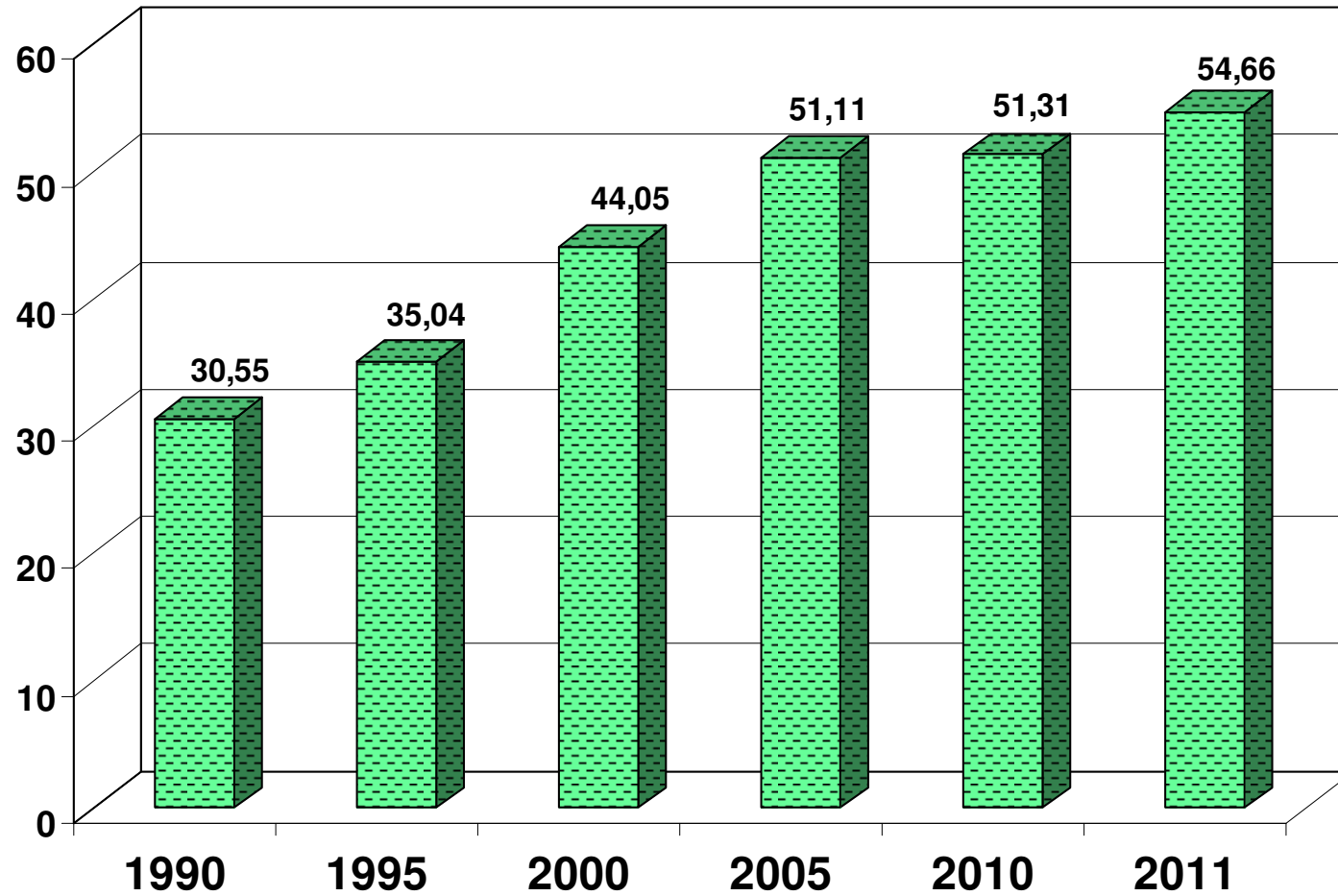
Brutto - Steuerkraft
59.982.000 EUR

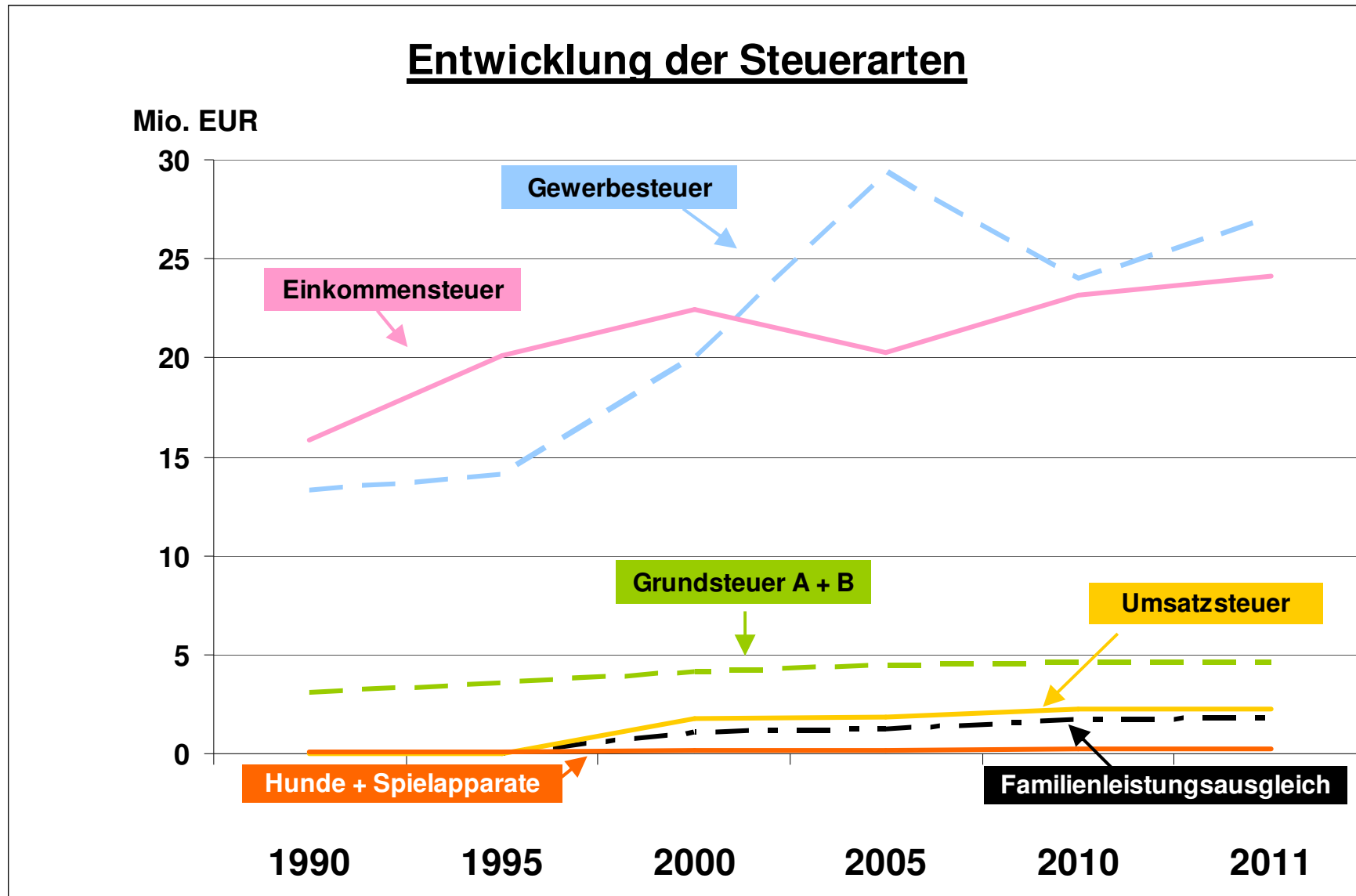
Netto - Steuerkraft
54.657.000 EUR

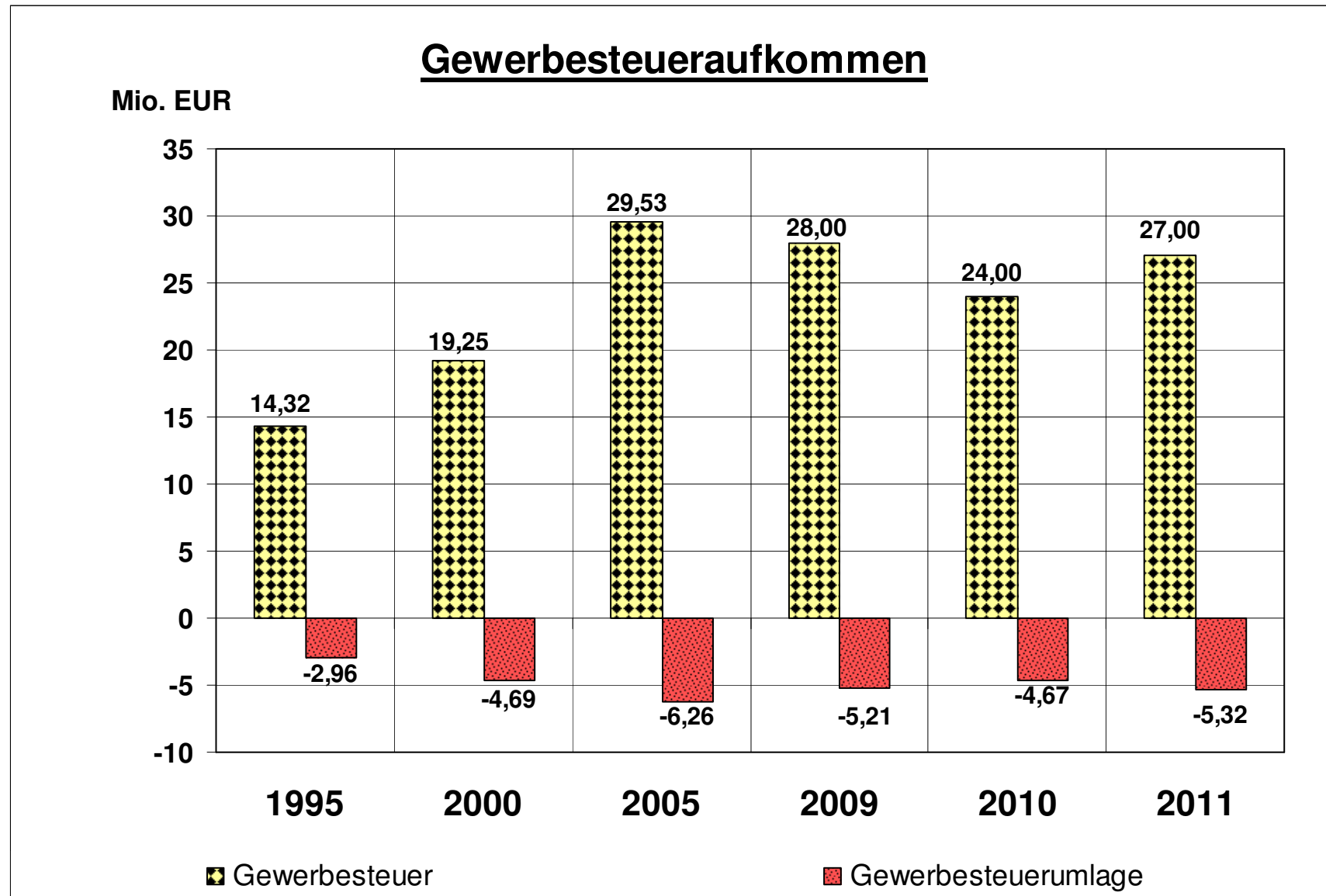


Entwicklung der Netto - Steuerkraft

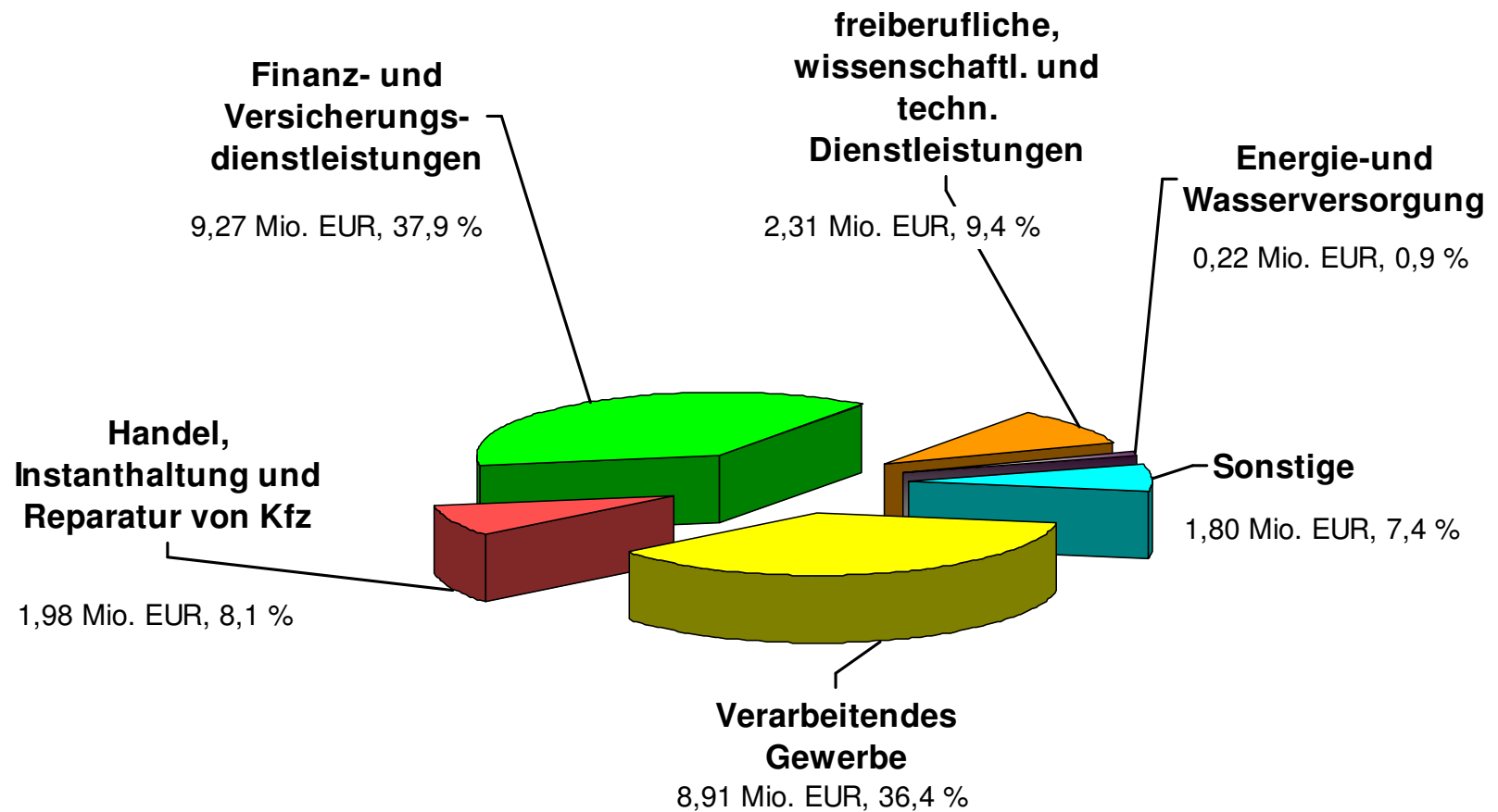
Mio. EUR

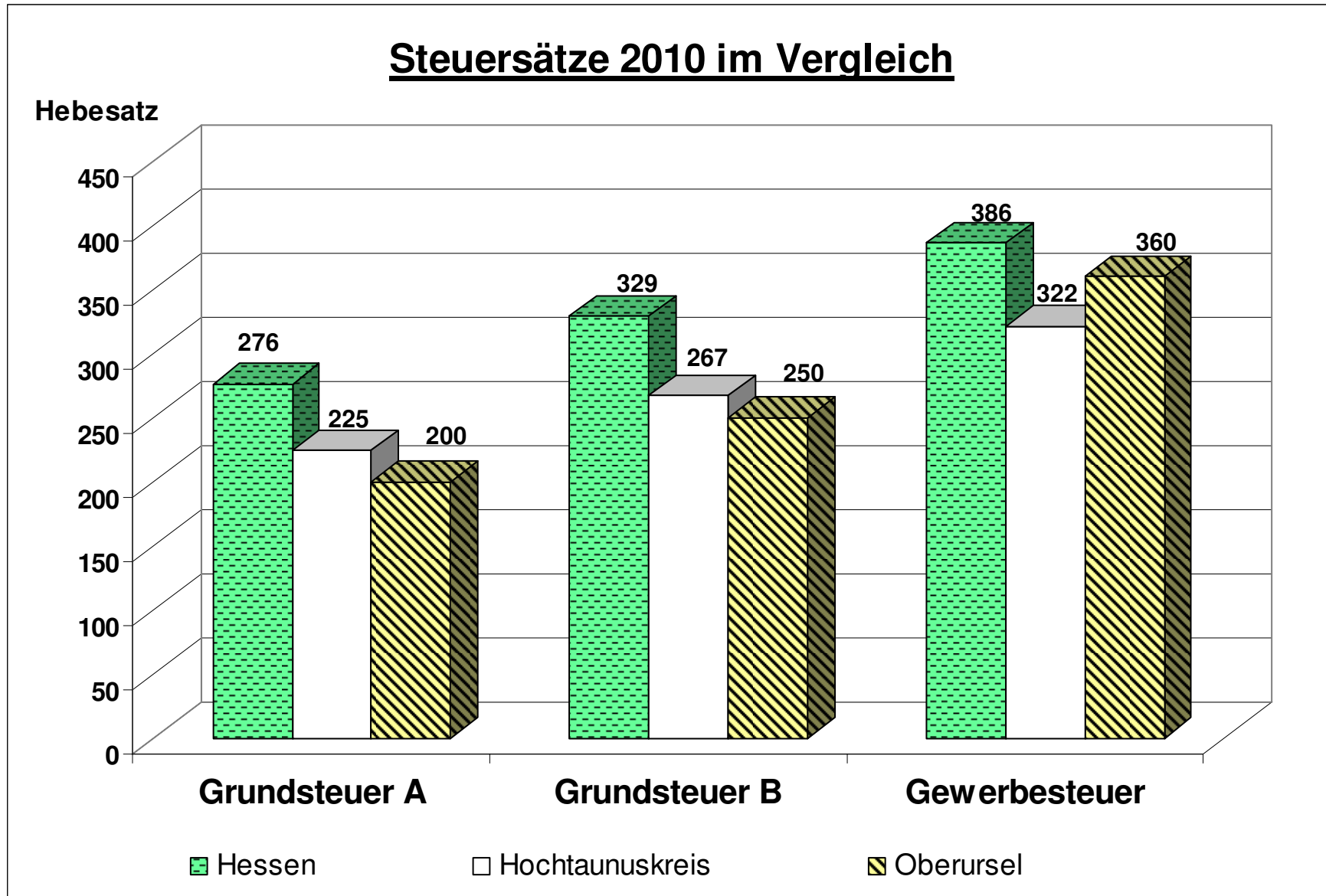




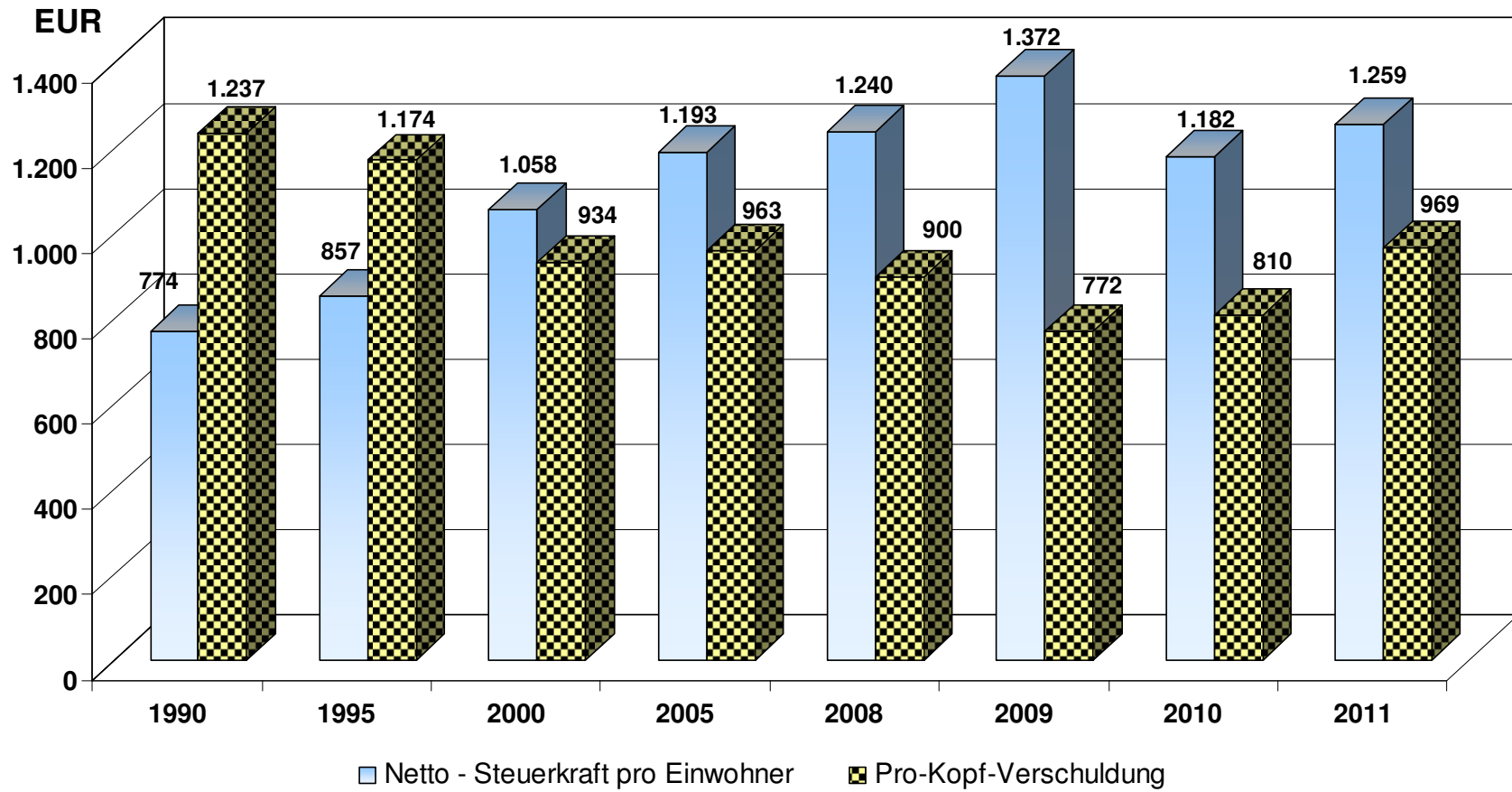


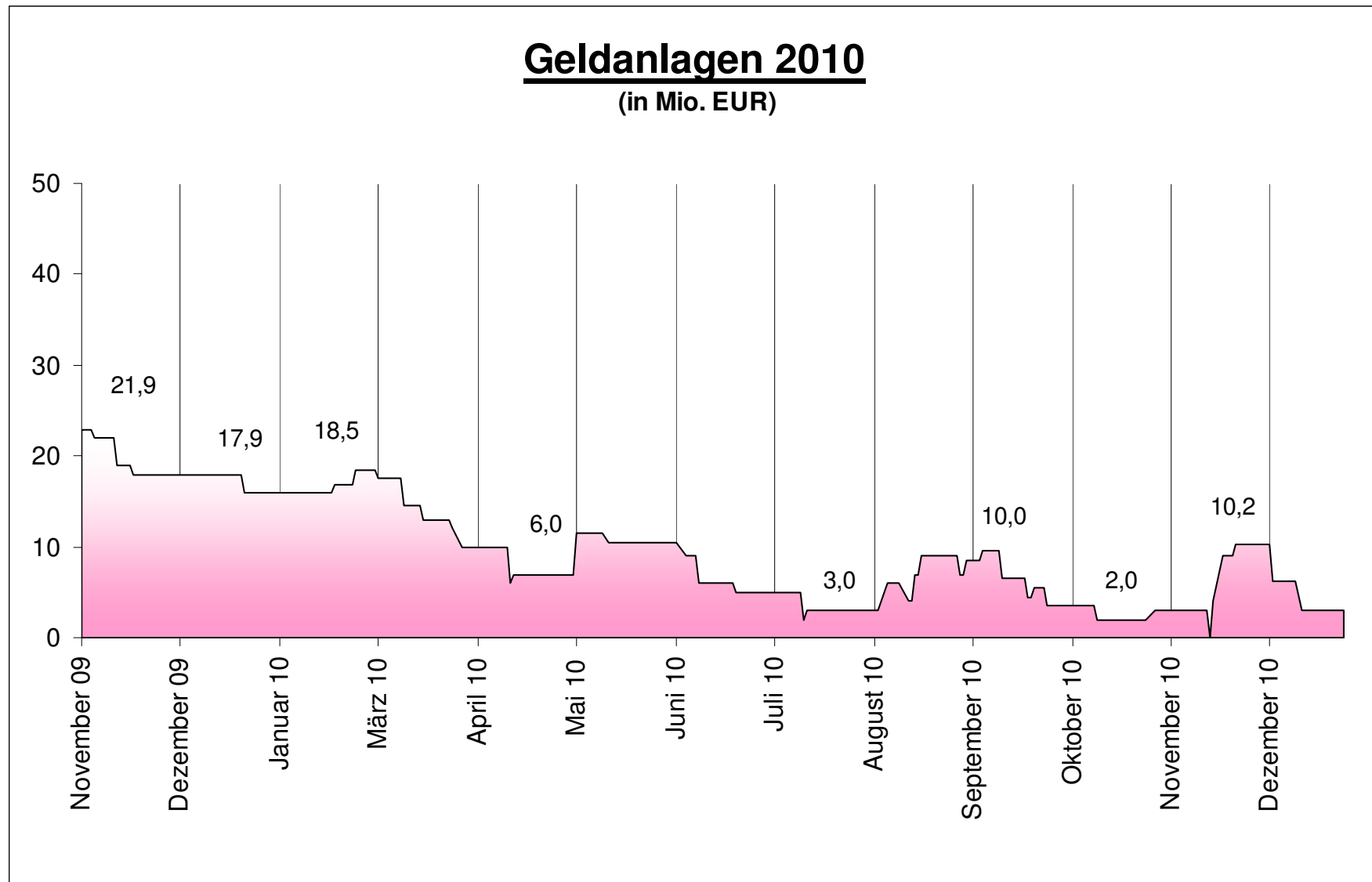
Gewerbsteuer-Vorauszahlungen 2011 nach Branchen



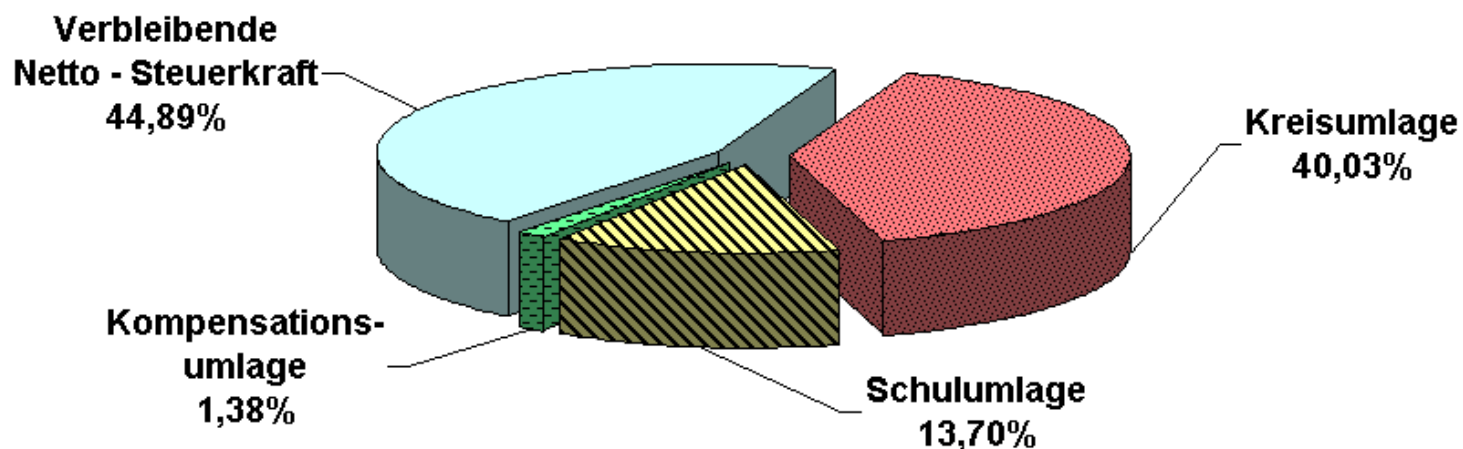


Netto - Steuerkraft pro Einwohner/in und Pro-Kopf-Verschuldung





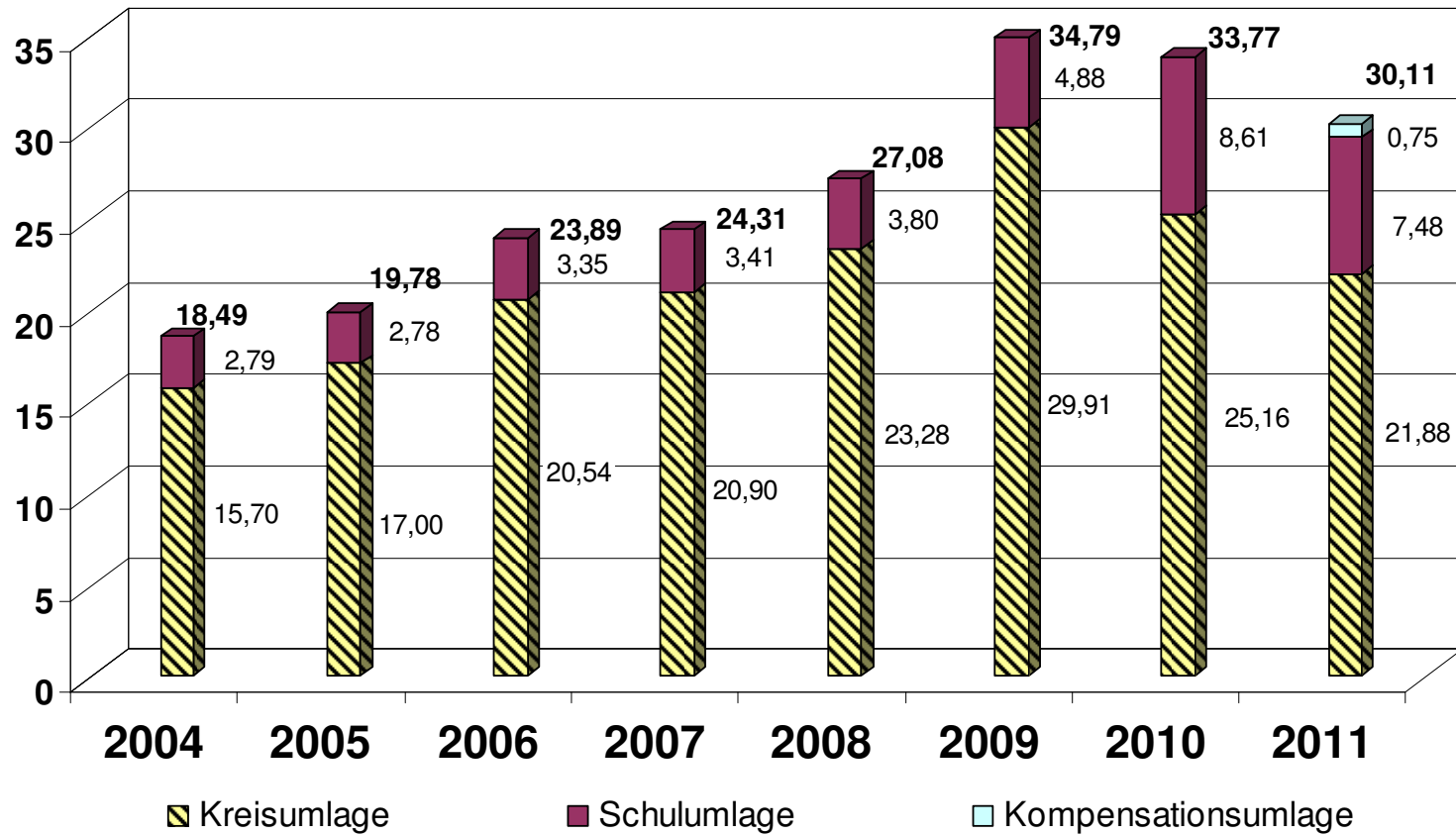
**Abschöpfung der Steuerkraft
durch Kreis- und Schul- sowie
Kompensationsumlage**



Netto - Steuerkraft	54.657.000 EUR	100,00%
Kreisumlage Hebesatz 42,47 %	- 21.880.850 EUR	} 30.119.000 EUR 55,11%
Schulumlage Hebesatz 14,53 %	- 7.485.950 EUR	
Kompensationsumlage	- 752.200 EUR	
Verbleibende Steuerkraft	= 24.538.000 EUR	44,89%

Entwicklung Kreis-, Schul- und Kompensationsumlage

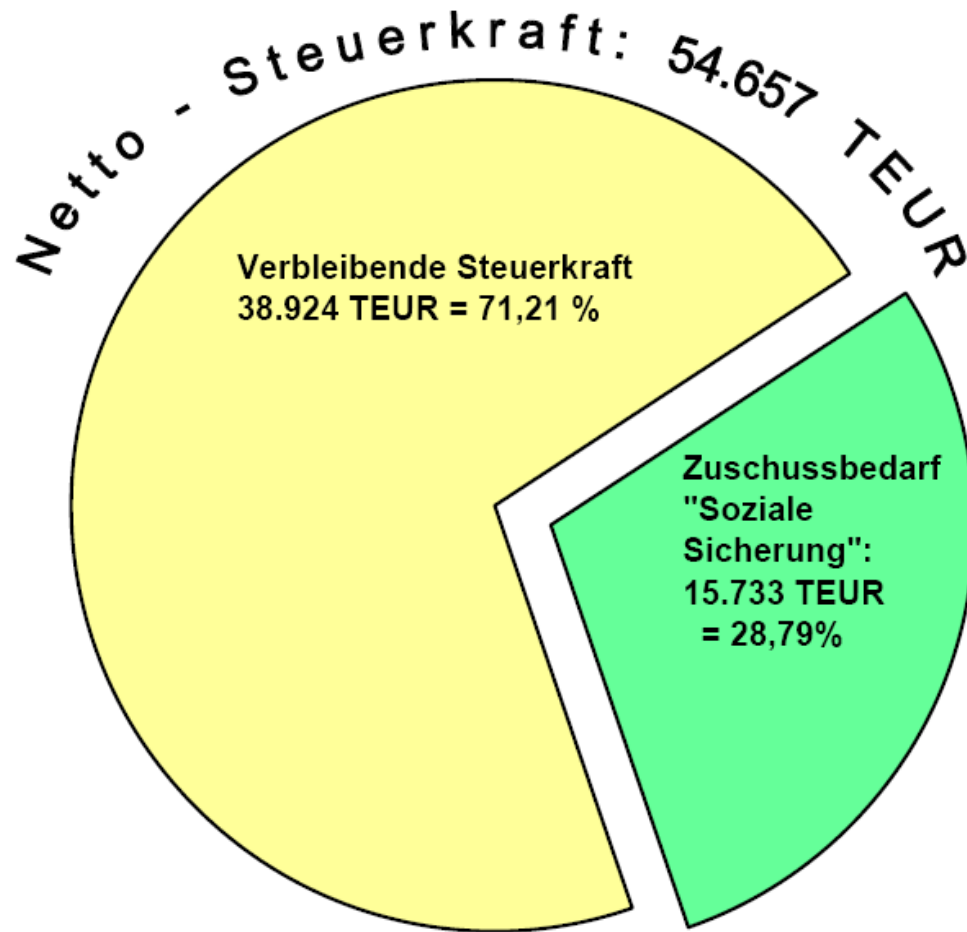
Mio. EUR



Verteilungsszenario der Erträge des Ergebnishaushalts - nach Aufwandsarten -

<u>Etatentwurf</u>	2010 EUR	%	kumuliert	2011 EUR	%	kumuliert
<u>Erträge im ordentlichen Ergebnis:</u>	<u>81.064.100</u>	<u>100,0</u>	<u>81.064.100</u>	<u>79.423.650</u>	<u>100,0</u>	<u>79.423.650</u>
➤ Kreis- und Schulumlage	33.770.000	41,7	47.294.100	29.366.800	37,0	50.056.850
➤ Gewerbesteuerumlage	4.667.000	5,8	42.627.100	5.325.000	6,7	44.731.850
➤ Personal- und Versorgungsaufwendungen	18.057.550	22,3	24.569.550	19.123.150	24,1	25.608.700
➤ Eigenbetrieb BSO	8.821.600	10,9	15.747.950	9.280.400	11,7	16.328.300
davon:						
Aufwendungen für übertragene Aufgaben	4.889.700	6,0		4.889.750	6,2	
Sonstige Leistungserstattungen	784.050	1,0		877.950	1,1	
Mieten	3.147.850	3,9		3.512.700	4,4	
➤ Hessentag 2011	9.521.900	11,7	6.226.050	8.185.450	10,3	8.142.850
➤ Zuschüsse für Kindertagesstätten	5.987.245	7,4	238.805	6.210.500	7,8	1.932.350
➤ Abschreibungen	2.697.950	3,3	-2.459.145	2.964.050	3,7	-1.031.700
➤ Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.882.300	2,3	-4.341.445	2.008.850	2,5	-3.040.550
➤ Infrastrukturkostenanteil U 3	1.289.400	1,6	-5.630.845	1.389.900	1,7	-4.430.450
➤ Stadthalle GmbH	730.000	0,9	-6.360.845	670.000	0,8	-5.100.450
➤ Weitere Aufwendungen	5.050.505	6,2	-11.411.350	5.878.600	7,4	-10.979.050

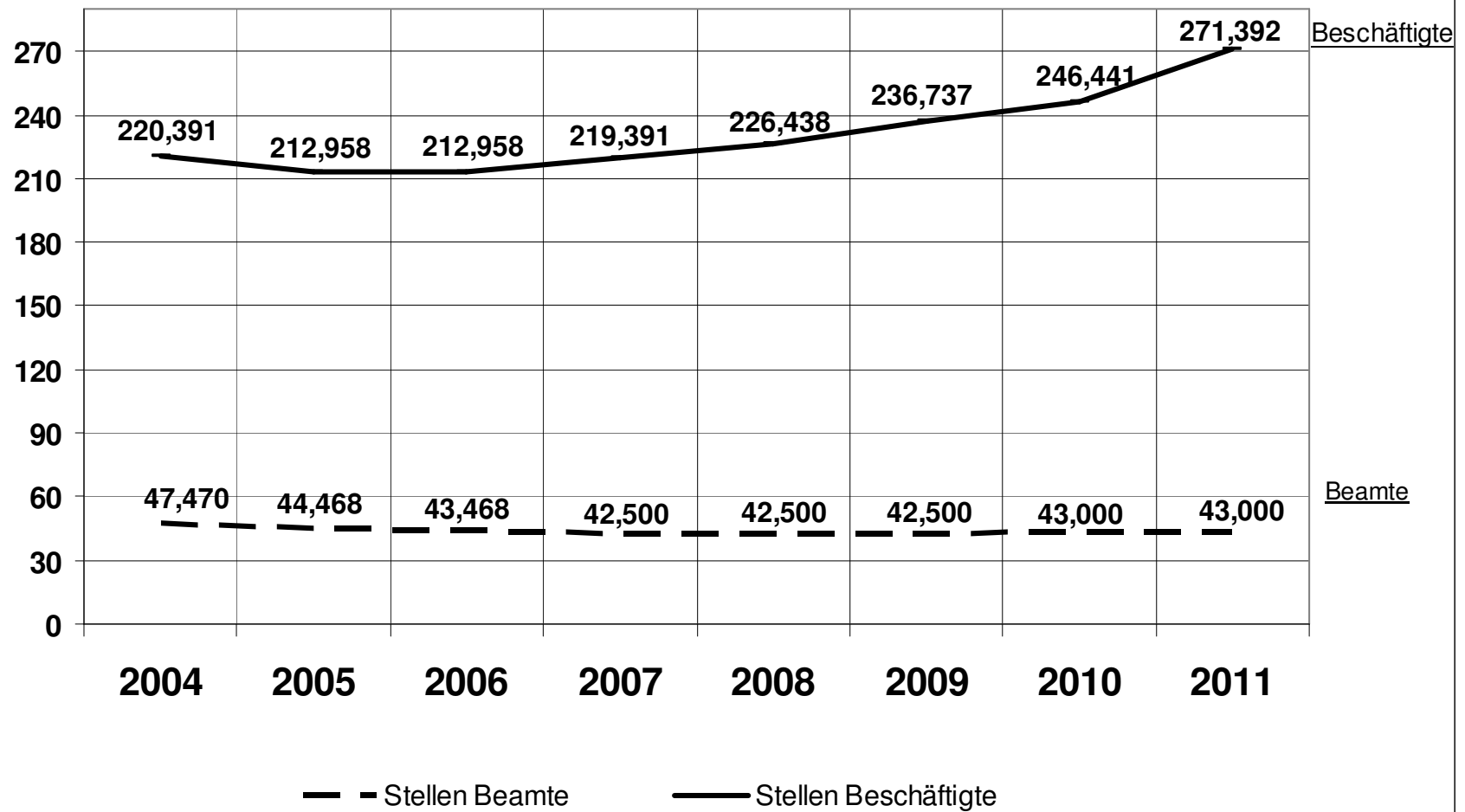
Zuschussbedarf "Soziale Sicherung" 2011



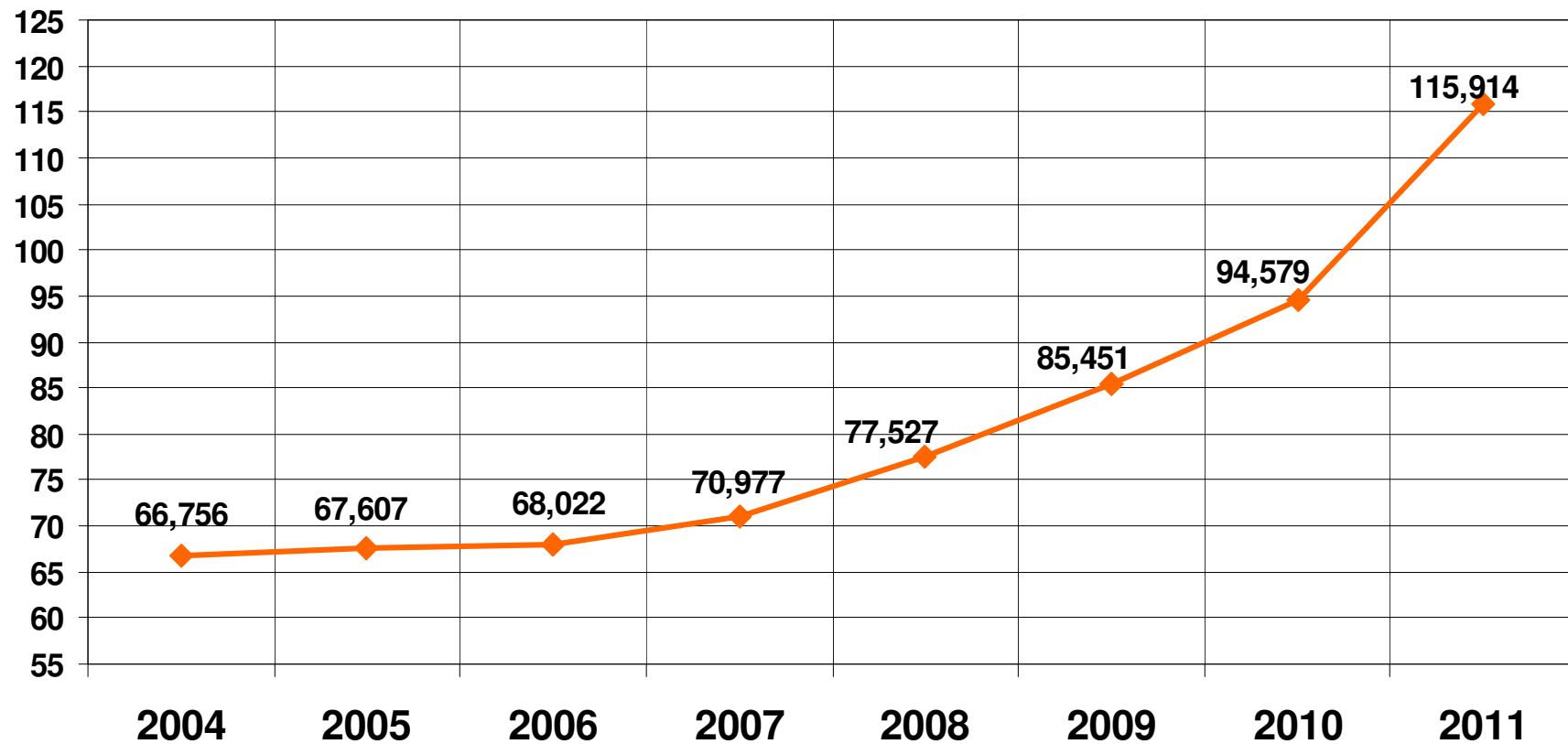
Produktgruppen im Bereich "Soziale Sicherung"	Zuschussbedarf TEUR
Tageseinrichtungen für Kinder	12.024
Einrichtungen der Jugendarbeit	2.208
Förderung älterer Menschen	347
Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.154
Summe	15.733

Stellenplan

Stellen

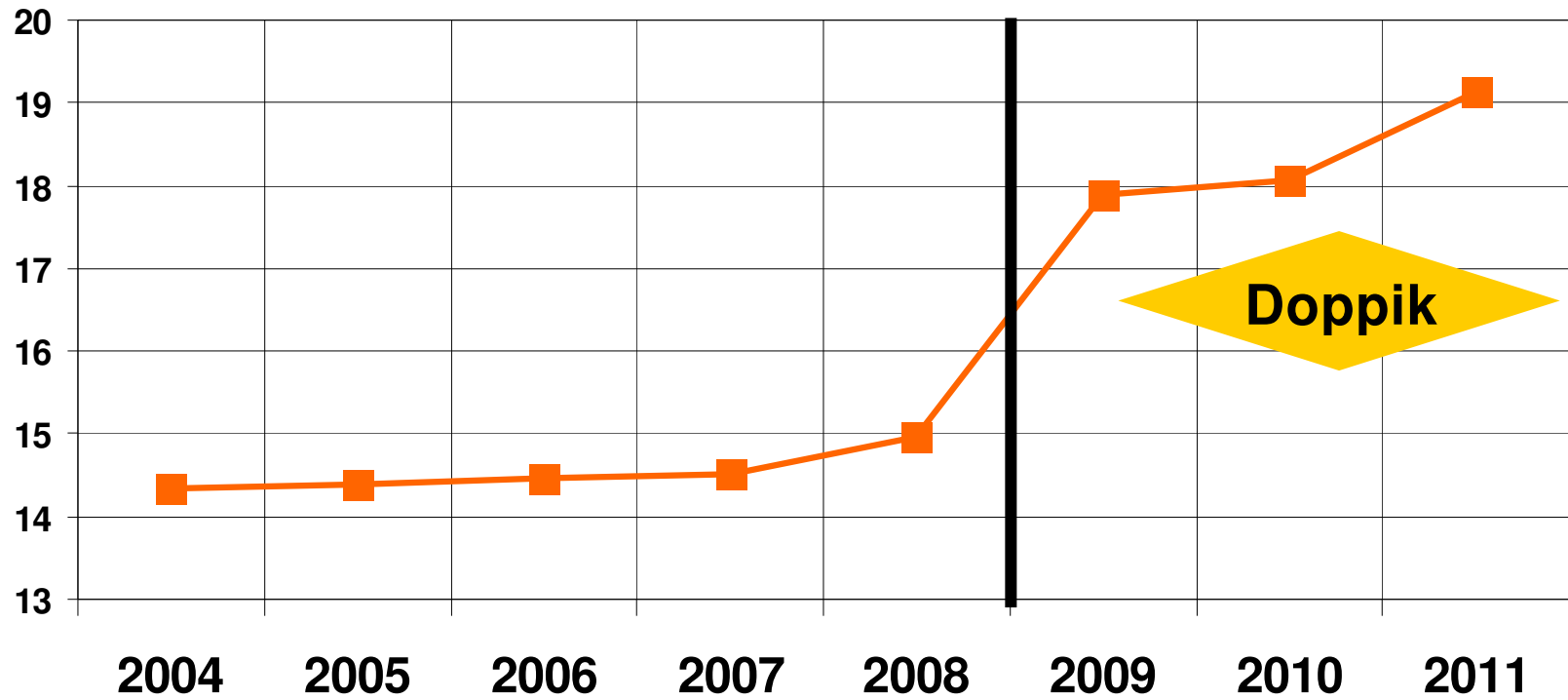


Stellenplanentwicklung im sozialen Bereich

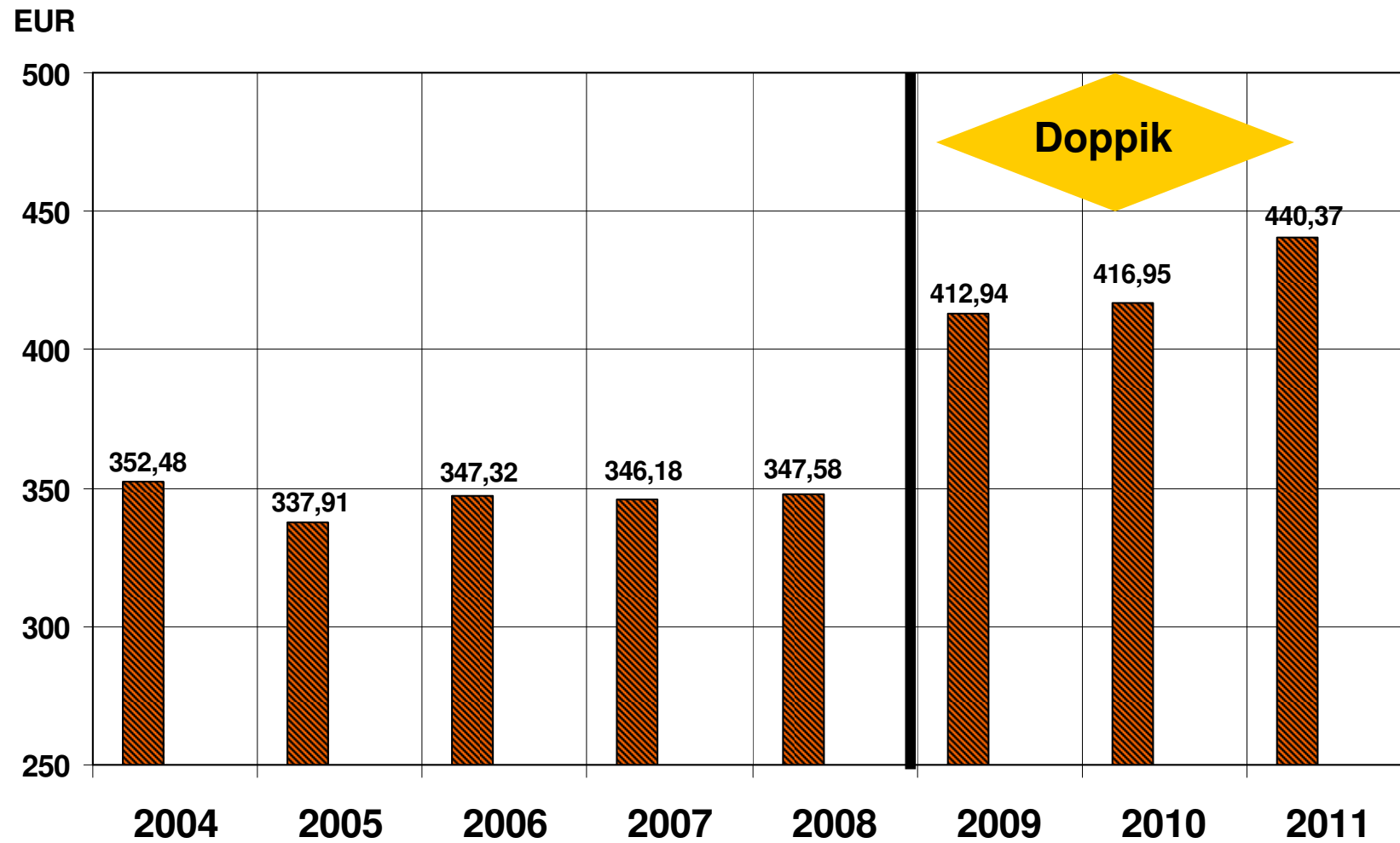


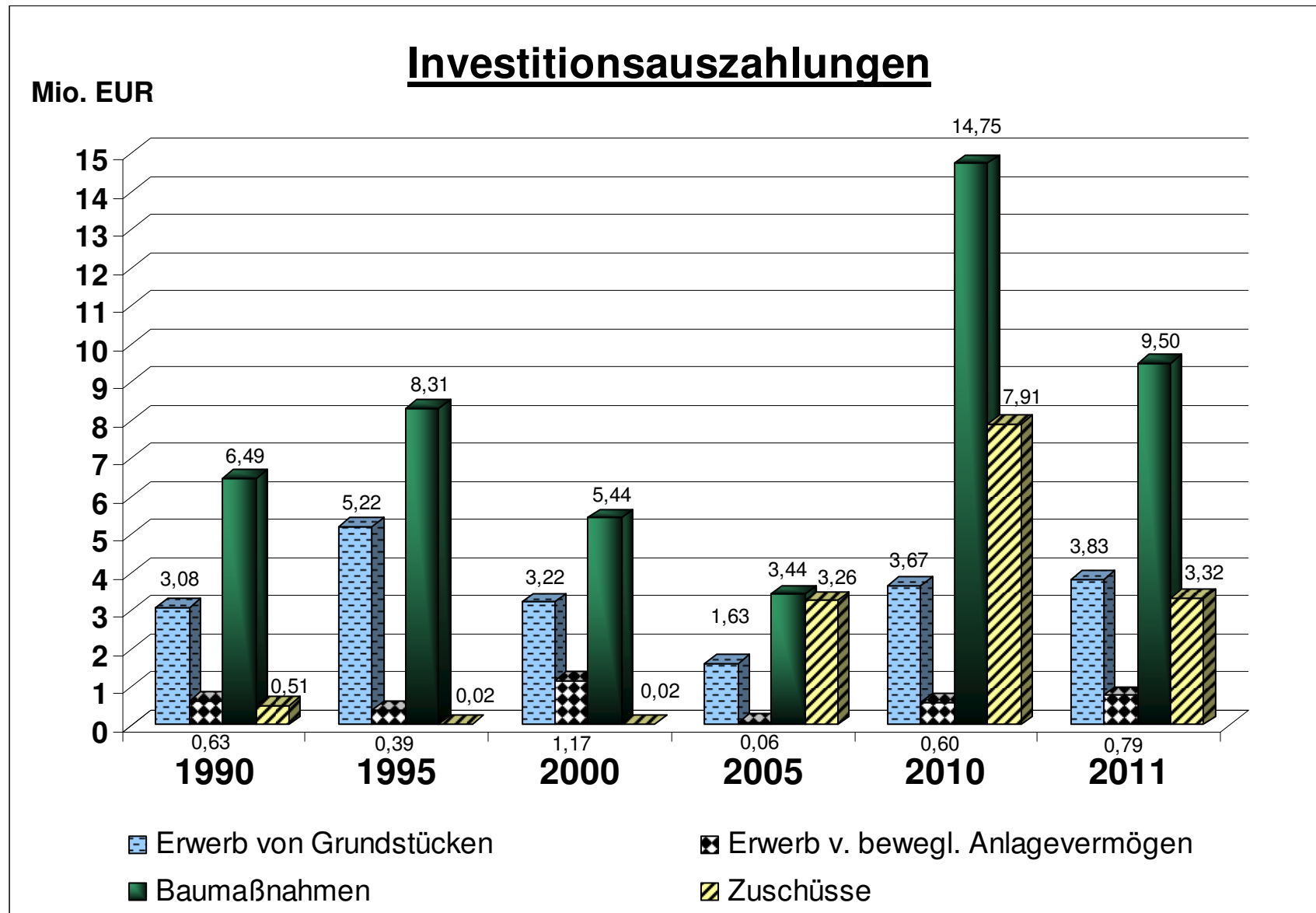
Personal- und Versorgungsaufwand

Mio. EUR

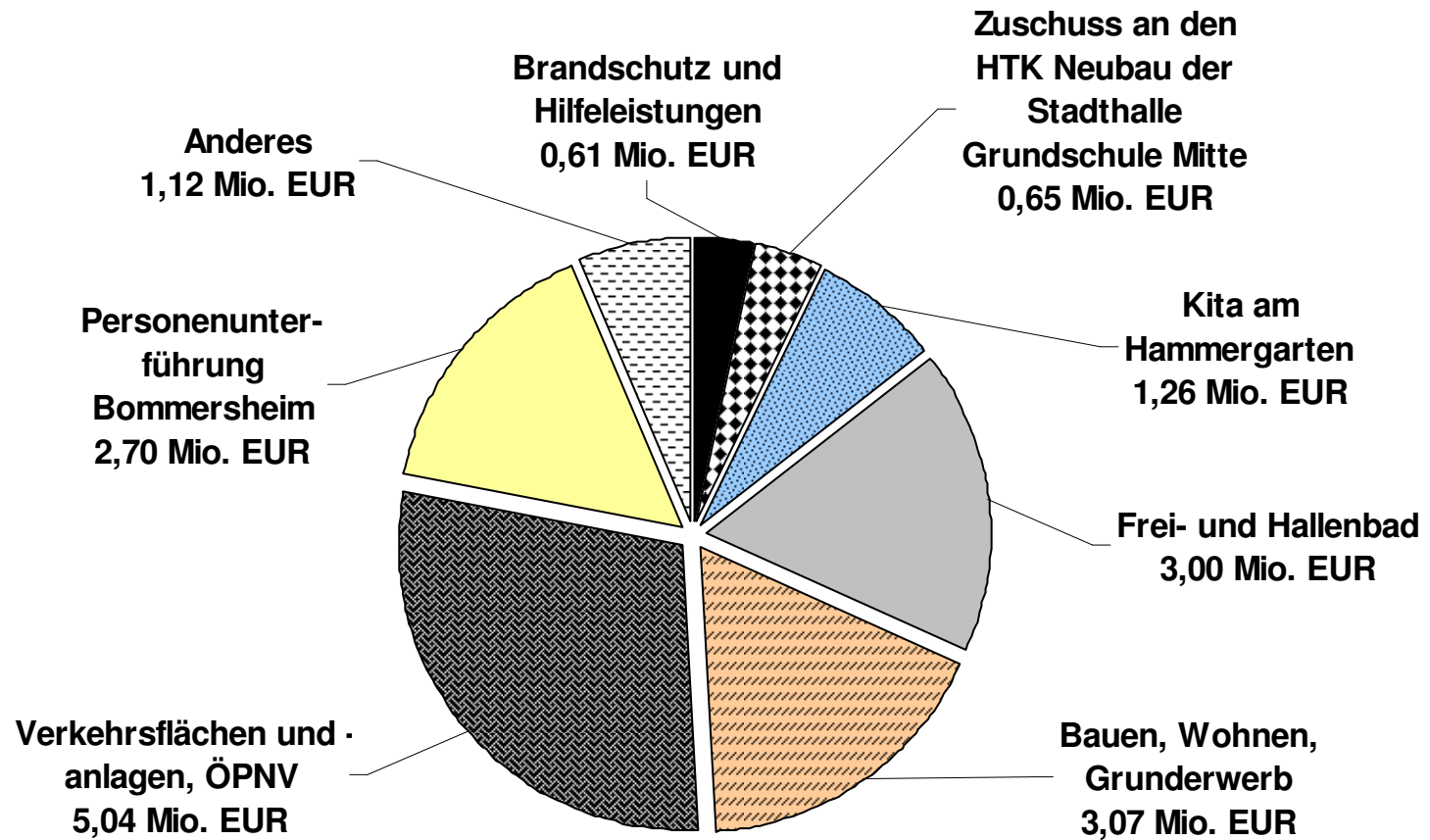


Personal- und Versorgungsaufwand je Einwohner/in





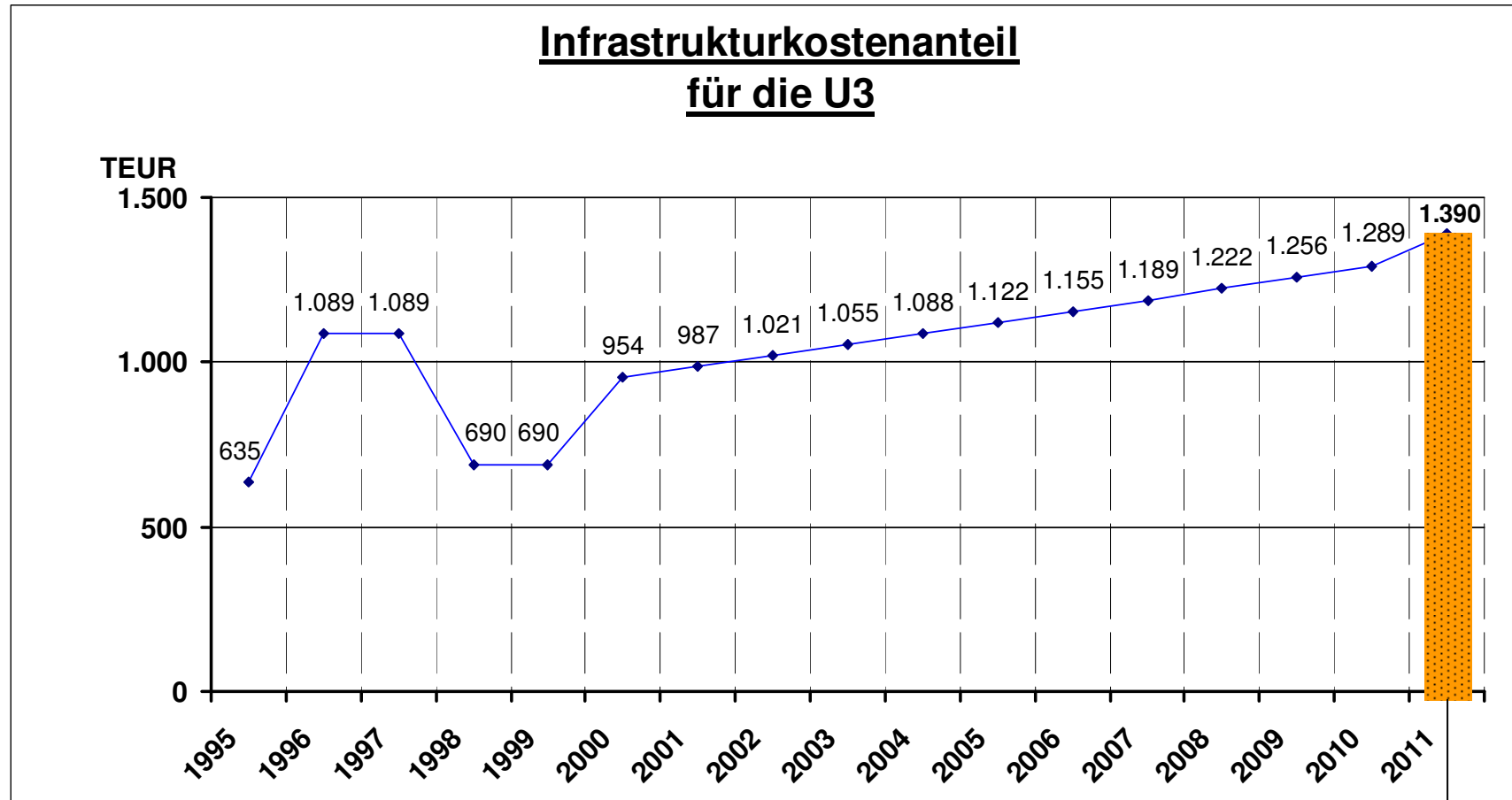
Investitionstätigkeit 2011



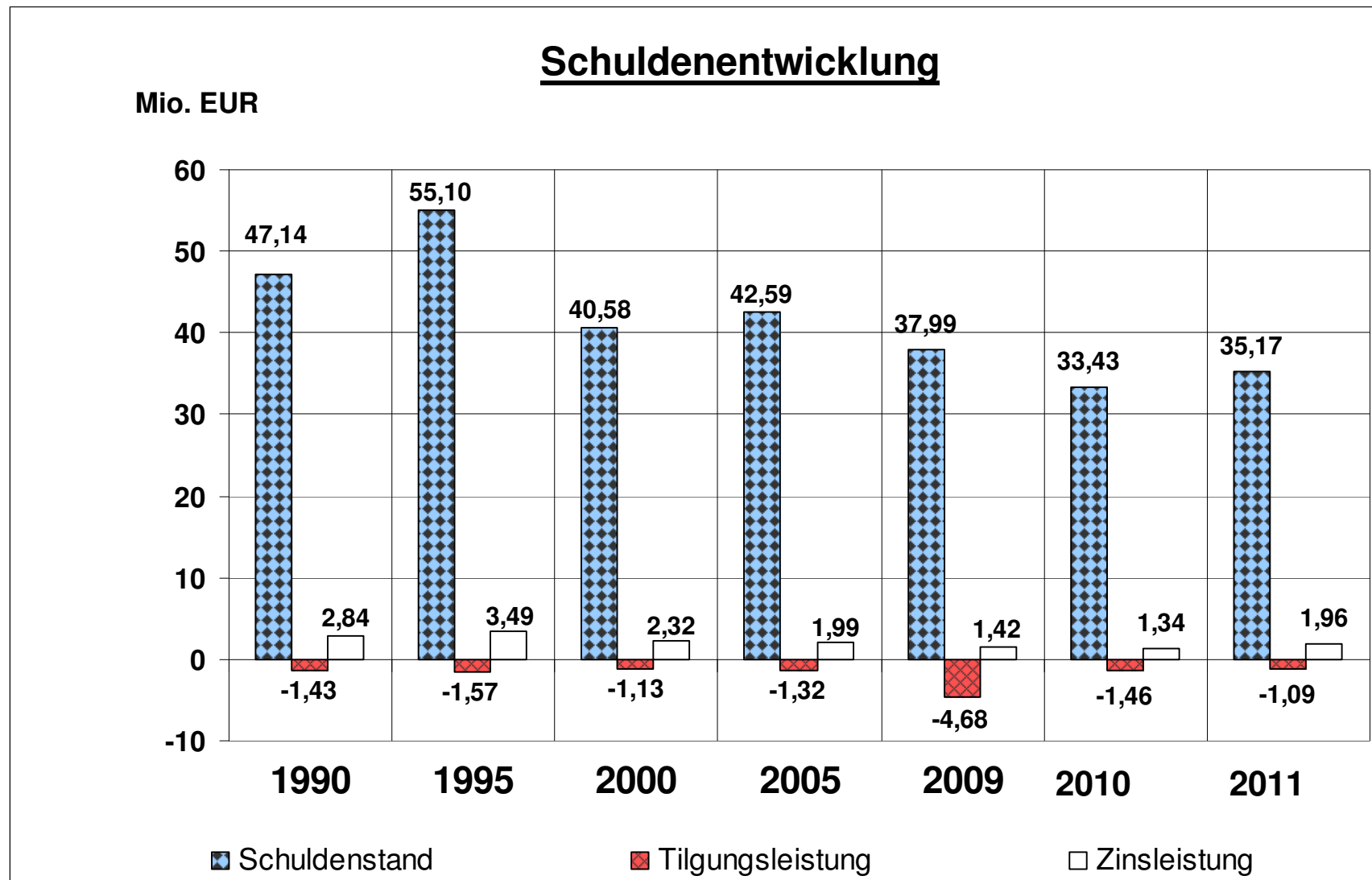
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit = 17.440.550 EUR

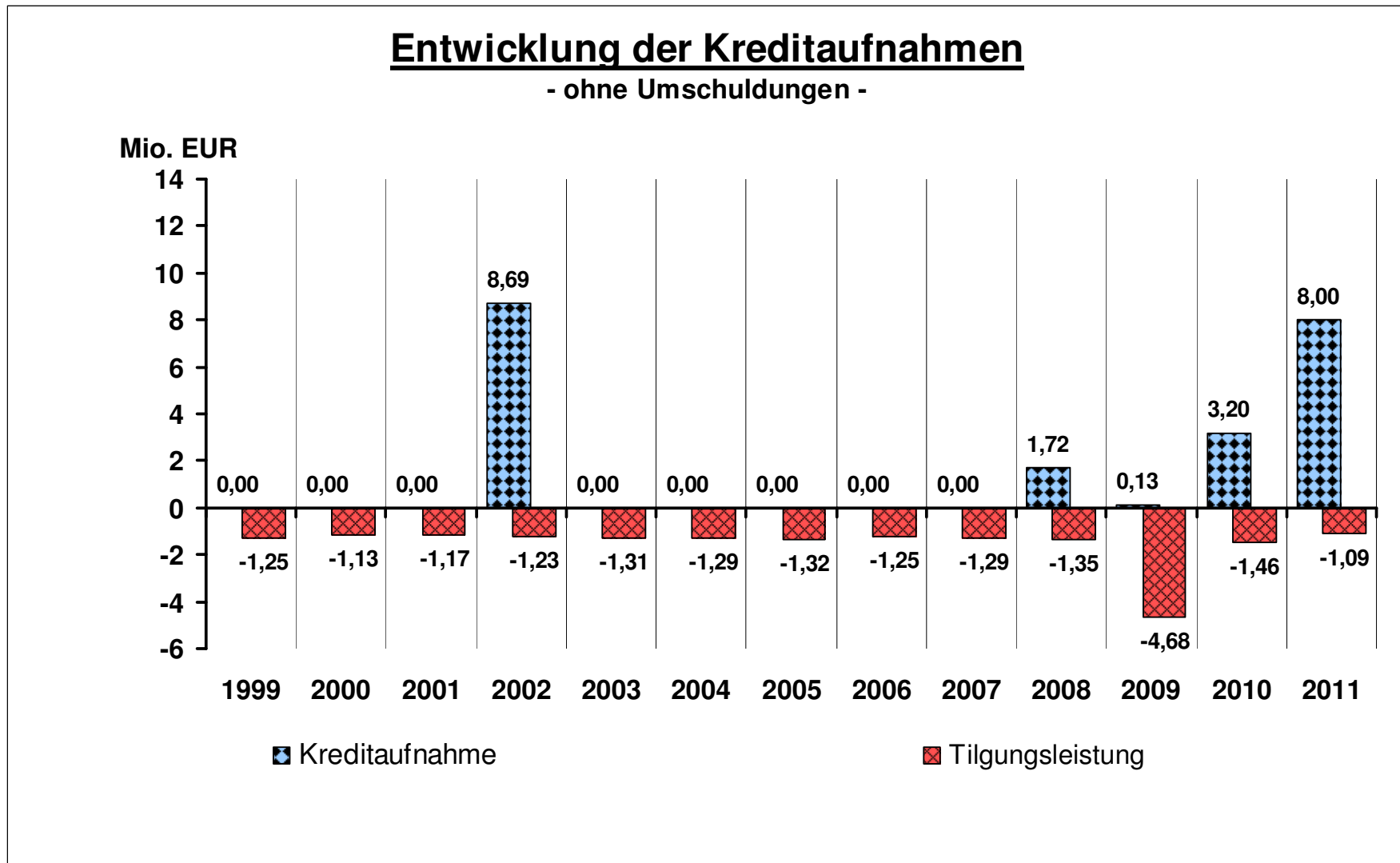
Investitionen 2011

	Investition	geplante Auszahlung	Anteil am Gesamt- investitions- volumen
1	Feuerwehr: Löschfahrzeug, Digitalfunk	474.000 EUR	3 %
2	Neubau der "Kita am Hammergarten" (Konjunkturprogramm)	1.260.000 EUR	7 %
3	Zuschuss an den HTK zum Neubau der Sporthalle an der Grundschule Mitte	665.000 EUR	4 %
4	Bau des Hallenbades, Sanierung des Freibades	3.000.000 EUR	17 %
5	Wohnungsbauförderung	500.000 EUR	3 %
6	Grunderwerb allgemein	2.025.000 EUR	12 %
7	Straßenbau	524.000 EUR	3 %
8			
9	Personenunterführung Bommersheim	2.700.000 EUR	15 %
10	Bahnhofsvorplatz	550.000 EUR	3 %
11	ÖPNV	165.000 EUR	1 %
12			
	Zwischensumme	14.250.000 EUR	82 %
	Anderes	3.190.550 EUR	18 %
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 2011	17.440.550 EUR	100 %



Der IKA 2011 i. H. v. 1.389.900 EUR entspricht 2,5 % der Netto - Steuerkraft





Holdingsstruktur:

